



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 20.11.2013

AN/1394/2013

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.12.2013

Bereits existierende und mögliche neue Standorte zur Asylbewerberunterbringung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen und zu beantworten:

In Sachen Asylbewerberunterbringung praktiziert die Stadt Köln eine immer absurdere Geheimhaltungspolitik. Offenbar sollen angesichts der explodierenden Zahlen, horrenden Kosten und zunehmenden Unmuts in der Bürgerschaft, bewusst an der Öffentlichkeit vorbei gearbeitet und vollendete Tatsachen geschaffen werden. Nicht einmal den Ratsfraktionen ist z.B. bisher bekannt, welche ominösen 30 Standorte verwaltungsintern als Plätze für neue Containerdörfer für Asylbewerber im Gespräch sind.

Es stellen sich daher folgende Fragen:

1. In welchen Hotels oder Pensionen sind bisher Asylbewerber einquartiert worden?
2. Mit welchen Hotels oder Pensionen werden derzeit Verhandlungen über eine künftige Unterbringung von Asylbewerbern geführt?
3. Welche Standorte für sogenannte Containerdörfer für Asylbewerber sind verwaltungsintern im Gespräch („30er Geheimliste“) ?
4. Welche sonstigen Gebäude-Belegungen für Asylbewerber befinden sich in der Planung?
5. Wo genau sollen neue Asylbewerberheime gebaut oder Häuser dafür angekauft bzw. angemietet werden?

Die Kölner Bevölkerung hat ein Recht auf die Beantwortung dieser Fragen. Sollte die Verwaltung dennoch der Auffassung sein, dass bestimmte Antworten nicht für die Öffentlichkeit geeignet sein sollten, könnte die Beantwortung ggf. auch im nichtöffentlichen Teil erfolgen. Denn in jedem Fall hat der Rat der Stadt Köln als Kontrollorgan der Stadtspitze und des Verwaltungshandeln einen Anspruch auf diese Informationen, ohne die die Fraktionen ihre gesetzmäßigen Aufgaben nur eingeschränkt wahrnehmen könnten.

Gez. Markus Wiener